

INTERPELLATION VON ANNA LUSTENBERGER-SEITZ
BETREFFEND WOHNUNGSNOT UND WOHNBAUPOLITIK IM KANTON ZUG
VOM 12. SEPTEMBER 2007

Kantonsrätin Anna Lustenberger-Seitz, Baar, hat am 12. September 2007 folgende **Interpellation** eingereicht:

Das Problem „Wohnen im Kanton Zug“ besteht schon seit längerer Zeit. Dass Zug als Wohnort für Familien immer teurer wird, ist ebenfalls schon lange bekannt. Die einen Familien ziehen in Nachbarkantone, weil die Wohnqualität, zum Beispiel mehr Grünflächen für den gleichen Preis, viel höher ist; andere ziehen weg, weil sie die immer höher steigenden Mietpreise nicht mehr bezahlen können. Wie teuer Wohnungen zu mieten oder zu kaufen sind, kann wöchentlich im Amtsblatt nachgeschaut werden. Ebenfalls, was sie in ausserkantonalen Nachbargemeinden kosten. Studien belegen zugleich, dass auch in Städten mit bedeutend höheren Steuern das Leben für viele günstiger ist als in Zug, unter anderem aufgrund von tieferen Wohnungskosten.

Junge Leute in einem Studium oder einer Ausbildung (und dies gibt es immer mehr) haben hier kaum die Möglichkeit, in einer Wohngemeinschaft zusammen zu leben, um auch im Bereich Wohnen eine gewisse Selbständigkeit zu entwickeln. Viele möchten dies aber, und ziehen aus solchem Grund in die Region Zürich oder Luzern. Oft sind es junge Erwachsene, die hier in unserem Kanton in Vereinen mitgearbeitet und qualitativ hohe Jugendarbeit auf freiwilliger Basis geleistet haben. Die jungen Leute sollen unserem Kanton erhalten bleiben.

Aufgrund dieser Entwicklungen besteht die Gefahr, dass der Kanton Zug nur noch für reichere Leute und für Familien aus der oberen Mittelschicht und aufwärts eine Heimat werden kann. Zug droht zu einem Monaco zu werden - wollen wir das? Als Kanton ist es doch unsere Aufgabe zu schauen, dass wir ein Wohnort für alle bleiben können. Die soziale Durchmischung ist auch eine Stärke einer Gesellschaft, einer Gemeinde oder des Kantons.

Zug hat gemäss kürzlich erschienen Berichten neben Genf den tiefsten Leerwohnungsbestand aller Kantone. Während in der Schweiz im Durchschnitt etwas mehr als ein Prozent der Wohnungen leer sind, sind es im Kanton Zug 0,28 Prozent. Mit diesem tiefen Leerwohnungsbestand können Hauseigentümer die Mietzinse ohne Probleme in die Höhe treiben, sie finden schon finanzkräftige Mieterinnen und Mieter. Ein Markt, in dem Angebot und Nachfrage derart auseinanderklaffen, kann nicht funktionieren.

Die Mietzinse sind im Kanton Zug vor allem aus fünf Gründen derart hoch: Die Wohnungsnot drückt die Preise nach oben. Der Boden ist im Kanton Zug sehr teuer. Die starke Nachfrage von Personen, die jeden noch so hohen Preis bezahlen können, hat eine zusätzlich verteuernde Wirkung. Der Zustrom von Firmen und reichen Zuzüglern und Zuzügerinnen treibt die Preise weiter nach oben. Zu schlechter Letzt ist der soziale Wohnungsbau unterentwickelt. Es gibt im Kanton Zug wenige Wohngenossenschaften mit genügend Wohnungen.

Angesichts dieser Notlage ist es unerklärlich, warum die kantonale Exekutive in ihren „Regierungsrätlichen Schwerpunkten 2005 - 2015“ die Wohnungsnot, die hohen Miet- und Bodenpreise und den sozialen Verdrängungsprozess mit keinem Wort erwähnt. Dieser wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen, unter anderem wegen weiteren Steuersenkungen und der drohenden Aufhebung der Lex Koller.

Ein bezahlbares Dach über dem Kopf ist eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit und Würde. Um Wege anzuregen, das Wohnungsproblem zu lösen oder mindestens zu lindern, stelle ich dem Regierungsrat die folgenden **Fragen**:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation des Wohnungsmarktes im Kanton?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Verdrängung von Familien aus dem Kanton Zug aufgrund des Mangels an Wohnungen und der hohen Miet- und Bodenpreise?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die langfristigen demografischen Folgen des Wegzugs von Familien aus dem Kanton Zug?
4. Was meint er zur Schwierigkeit von jungen Zugerinnen und Zugern im Kanton Zug zu bleiben, insbesondere wenn sie hier eine Familie gründen wollen?
5. Mit welchen Massnahmen will der Regierungsrat der sozialen Entmischung der Kantonsbevölkerung entgegen wirken?
6. Warum wird in den „Regierungsrätlichen Schwerpunkten 2005 bis 2015“ die Wohnungsnot in keinem Wort erwähnt? Wird sie in der nächsten Version thematisiert?
7. Welchen Zusammenhang sieht der Regierungsrat zwischen dem Zustrom von neuen Firmen und der Höhe der Boden- und Mietpreise sowie der Wohnungsnot?
8. Gedenkt der Regierungsrat angesichts des offensichtlichen Zusammenhangs von tiefen Steuern und hohen Mieten an den geplanten Steuersenkungen festzuhalten?
9. Wie gedenkt der Regierungsrat den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern? Mit welchen Massnahmen will er Wohnbaugenossenschaften beim Landerwerb unterstützen?

10. Welche Bilanz zieht er aus dem 2003 in Kraft getretenen Wohnbauförderungsgesetz? Welchen Revisionsbedarf sieht er hier?
